
Otto Bauer als Wirtschaftspolitiker

Eduard März und Maria Szeesi

Die kurze Lebenszeit der Ersten Republik war durch eine Situation der permanenten wirtschaftlichen Krise gekennzeichnet. Der durch die Friedensverträge neugeschaffene Staat konnte sich niemals von den verheerenden Folgen des Krieges und des Zusammenbruchs der Monarchie erholen. Sein Sozialprodukt stagnierte auf einem Niveau unter jenem des Jahres 1913, die Investitionen deckten in den meisten Jahren bestenfalls den Ersatz der verbrauchten Anlagen, die weltwirtschaftliche Aufschwungsperiode von 1924 bis 1929 wirkte sich nur schwach und mit großer Verzögerung aus, die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre traf das Land dafür mit umso größerer Wucht. Mit Ausnahme ganz weniger Jahre sank die Arbeitslosenrate nicht unter die 10-Prozent-Marke, in der Zeit der Großen Krise erreichte sie ihren Höhepunkt mit etwa einem Drittel der gesamten Arbeitskräfte; in der Industrie allein war fast die Hälfte der Arbeiter arbeitslos.

Der fünfzehnjährige Leidensweg, der 1934 mit der Zerstörung der Demokratie endete, begann mit den Hungerjahren der unmittelbaren Nachkriegszeit, die durch einen würgenden Mangel an den notwendigsten Lebensmitteln und Rohstoffen gekennzeichnet waren. Die Behebung der ärgsten Not Anfang der zwanziger Jahre war begleitet von einer sich ständig verschärfenden Krise der Staatsfinanzen, die schließlich in den Zusammenbruch der Währung und die galoppierende Hyperinflation 1922 mündete. Am Ende dieser Etappe stand der drohende Staatsbankrott, der nur nach mühsamen und immer wieder aussichtslos scheinenden Verhandlungen mit den Siegermächten durch die berühmt-berüchtigte Völkerbundesleihe des Jahres 1922 abgewehrt wurde. Unter den Auflagen, die mit dieser „Genfer Sanierung“ verbunden waren, geriet Österreich praktisch unter Kuratel der internationalen Hochfinanz.

Der Rest der zwanziger Jahre verlief mit einer nur schleppend vor sich gehenden Anpassung der industriellen Struktur an die neuen Grenzen und die dadurch bedingten neuen außenwirtschaftlichen Konkurrenzverhältnisse. Erschwert durch die hohen Schutzzölle der Nachfolgestaaten machte dieser Prozeß sehr langsame Fortschritte, die Handels- und Leistungsbilanz wies ein chronisches Passivum auf. Mit dem Anbruch der großen Weltwirtschaftskrise schwanden alle Hoffnungen auf eine Normalisierung der wirtschaftlichen Lage. Der Zusammenbruch der Kreditanstalt 1931 stellte den Staat vor die Notwendigkeit einer außerordentlich kostspieligen Sanierungsaktion, die wiederum nur mit Hilfe des Auslands bewältigt werden konnte; und wiederum – wie schon im Falle der Genfer Sanierung – wurde diese Hilfe nur unter drückenden Bedingungen und strikten wirtschaftspolitischen Auflagen gewährt, die im Sinne der herrschenden Doktrinen einen scharfen deflationistischen Kurs verlangten.

Ein kurzer Blick auf diese Häufung von Katastrophen genügt, um sich die Schwierigkeiten zu vergegenwärtigen, mit denen die Sozialdemokratie in ihrer Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Existenzfragen des Landes zu ringen hatte. Wäre sie in Wirklichkeit das gewesen, was in den Köpfen ihrer bürgerlichen Gegner als Zerrbild herumspukte, nämlich eine Partei des bedingungslosen revolutionären Klassenkampfes, wäre es freilich für sie leichter gewesen, ihren Standort zu definieren. Totale Opposition gegen den bürgerlichen Staat, totale Ablehnung aller Maßnahmen zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaft – das wäre die einzig angemessene Reaktion einer solchen Partei gewesen. Und so sehr auch die ständige Versuchung, eine derartige Haltung einzunehmen, immer wieder in der Rhetorik von Parteiversammlungen und Leitartikeln durchklang, so wenig spiegelte diese Rhetorik den wirklichen, praktischen Gehalt sozialdemokratischer Politik wider.

Und es war keineswegs nur, wie oft angenommen wird, der „rechte“, von Renner und der Gewerkschaftsbürokratie angeführte Flügel der Partei, der sich grundsätzlich zur konstruktiven Mitarbeit an diesem 1918/1919 unter denkbar ungünstigen Auspizien geborenen Staat bekannte – einem Staat überdies, dessen herrschende Klasse sich in ihrer überwiegenden Mehrheit niemals mit der demokratisch-republikanischen Staatsform abgefunden hatte¹. In Wirklichkeit hat Otto Bauer, der brillante Exponent der „linken Mitte“, alle wichtigen Entscheidungen, in denen sich die Sozialdemokratie als staaterhaltende Partei bewährte, durchaus mitgetragen. Mehr noch, oft war es gerade er, der das ganze Gewicht seiner unbestrittenen Autorität, seiner profunden marxistischen und allgemeinen Bildung in die Waagschale warf, um eine im Grunde zutiefst „reformistische“ Politik dem rebellierenden Parteivolk verständlich zu machen. Das gilt sowohl, wie noch zu zeigen sein wird, von der Genfer Sanierung wie von der Budgetsanierung nach dem Krach der Kreditanstalt. Und je mehr man sich in die bisher wenig beachteten Schriften Otto Bauers zur wirtschaftlichen Lage Österreichs und, darüber hinaus, zu einer Analyse der politischen Ökonomie der

Weltwirtschaftskrise vertieft, desto klarer wird, daß er in diesen kritischen Situationen nicht etwa bloß um der Parteidisziplin willen unpopuläre, von ihm selbst innerlich nicht ganz akzeptierte Entscheidungen deckte. Vielmehr zeigt sich ein durchgehender logischer Zusammenhang zwischen seinen theoretischen Überlegungen und seiner politischen Praxis.

Die Problemlage der ersten Nachkriegsjahre ist schon so oft eingehend dargestellt, analysiert und diskutiert worden, daß es sich hier erübrigt, noch einmal darauf einzugehen. Die Fragen, die für die Sozialdemokratie im ersten Anlauf auf der Tagesordnung standen, waren auch nicht „wirtschaftspolitische“ Fragen im eigentlichen Sinn des Wortes. Das gilt z. B. für die vieldiskutierte Frage der „Lebensfähigkeit“ Österreichs, deren Einschätzung weniger von strikt ökonomischen Gesichtspunkten bestimmt war als – zumindest auf sozialdemokratischer Seite – von dem Wunschtraum einer Vereinigung mit (einem möglichst revolutionären) Deutschland. Es gilt auch für die im Prinzip feierlich beschlossene Sozialisierung, wobei das Ausmaß der Sozialisierung und die Organisationsform sozialisierter Unternehmen den Gegenstand eingehender und weit ausholender Debatten bildeten. Es waren wie wir alle wissen, Träume, die bald verflogen waren. Für die heutige Zeit liegt die Bedeutung dieser Debatten in den Anregungen, die sie noch immer für eine aktuelle sozialistische Programmatik enthalten. In diesem Zusammenhang sind die wegweisenden Beiträge Otto Bauers zur Unterscheidung zwischen „Verstaatlichung“ und „Vergesellschaftung“ vor allem zu erwähnen².

Sehr bald, nachdem es klar geworden war, daß weder der Anschluß an Deutschland noch eine sozialistische Revolution in Österreich die geringste Chance auf Verwirklichung hatten, traten jedoch unmittelbar anstehende Probleme des Wiederaufbaues, überschattet von der alles andere in den Hintergrund drängenden, inflationsträchtigen Krise der Währung und der Staatsfinanzen, in den Vordergrund. Obwohl die 1920 einsetzende Nachkriegsinflation eine Art hektischer Aktivität mit sich brachte, die zum ersten Mal seit dem Kriegsende zur Vollbeschäftigung führte, waren sich alle führenden Sozialdemokraten durchaus der Tatsache bewußt, daß dieser Zustand nicht haltbar war. Ebenso klar war ihnen, wie ihren bürgerlichen Gegensachern, daß die Sanierung des Staatshaushalts und die Stabilisierung des Außenwertes der Krone gewaltige Opfer erfordern würde, die zumindest zum Teil auch von der Arbeiterschaft und den Beamten zu tragen sein würden. Der Kampf um die Sanierung war ein zäher Kampf um die Verteilung der Lasten dieser Operation, die schließlich mit dem Genfer Debakel ein für die Sozialdemokratie schmerzliches Ende fand. Es ist hier nicht der Platz auf die Geschichte dieser Episode näher einzugehen, sie wurde von einem der Autoren der vorliegenden Studie in einem erst kürzlich erschienenen Buch sehr detailliert analysiert³.

Aus dieser Darstellung geht auch klar hervor, daß hinter dem Schleier des leidenschaftlich geführten Kampfes gegen den „Genfer Knechtungsvertrag“ nüchterne realpolitische Erwägungen stets präsent

waren und schließlich auch, wie es scheint auf Drängen Renners, die Oberhand gewannen. Tatsächlich war es dann in der Stunde der Entscheidung die Sozialdemokratie, die gegen nur geringfügige Konzessionen den staatsrechtlichen Kompromiß ermöglichte, der für die Inkraftsetzung der Genfer Protokolle erforderlich war. Otto Bauers Erklärung für diesen unerwarteten Rückzug war ein Eingeständnis mangelnder Kraft: Zwar sei es keineswegs so, führte er auf dem Parteitag Oktober 1922 aus, daß die Annahme des Genfer Diktats den einzig möglichen Ausweg aus der Staatskrise bilde, wie Regierung und Bourgeoisie behaupteten. Andererseits wäre auch die bloße Verwerfung der Genfer Kredite *allein* nichts als „Selbstmord“: „Diesen Grundgedanken müssen wir bei allen unseren Erwägungen . . . festhalten: den Gedanken, wir wollen Genf verwerfen, aber wir dürfen es bei Strafe des völligen Unterganges, des Unterganges unserer Wirtschaft und unserer Freiheit, nur verwerfen, wenn wir gleichzeitig die Kraft und die Mittel haben . . . durch die energischste, am schnellsten wirkende Selbsthilfe eine Katastrophe zu verhindern⁴.“ Diese Kraft und diese Mittel waren aber in diesem Zeitpunkt, in dem das „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ längst der Restaurierung bürgerlicher Herrschaft gewichen war, nicht vorhanden. Bauer wußte das zweifellos, als er die oben zitierten Worte sprach. Die Konsequenzen daraus folgten logisch.

Die Niederlage war, wie gesagt, eine politische, die von Bauer beschworene „Massenmobilisierung“ zugunsten einer Alternativlösung erwies sich als totaler Fehlschlag. Vom ökonomischen Standpunkt stellte das von Bauer erwähnte Programm der Selbsthilfe jedoch eine durchaus ernst zu nehmende Alternative dar, die zwar nicht ohne, aber doch mit einem wesentlich geringeren Maß an Auslandshilfe durchführbar gewesen wäre. Die Grundzüge dieses Programmes wurden in dem von Bauer selbst verfaßten Sanierungsplan vom 1. Oktober 1921 fixiert⁵. In dieser Frage durchaus mit Schumpeter⁶ einig, wollte Bauer den Hauptteil der zur Sanierung des Staatshaushaltes notwendigen Mittel durch eine Vermögensabgabe und durch den Rückgriff auf die von Österreichern im Ausland gehaltenen Devisenbestände aufbringen. Als Gegenleistung sollte die etappenweise Abschaffung der Lebensmittelsubventionen zugestanden werden, ebenso die Erhöhung gewisser Massensteuern und öffentlicher Tarife.

Aber wichtiger als alle diese, später oft variierten Vorschläge zur Behebung des akuten Notstandes war ein anderer, in diesem Programm erstmals formulierter Gedanke, der von Bauer zwar auch später immer wieder in die Diskussion geworfen wurde, aber leider erst ganz am Ende seines politischen Wirkens in Österreich, in der Schlußphase der Ersten Republik, zu seiner logischen Konsequenz geführt wurde. So enthielt der Sanierungsplan als einen seiner Kernpunkte die Forderung nach der Inangriffnahme umfangreicher *öffentlicher* Arbeiten, wobei sowohl an den Wohnungsbau wie an den Ausbau der Infrastruktur – Straßen, Wasserkräfte, Bundesbahnen, Post- und Telegraphennetz – gedacht war. Das eigentlich Neue daran war aber die Idee, dieses Programm durch eine *innere Anleihe* zu finanzieren. Hier tauchte eine Ahnung von

deficit spending, in Vorwegnahme späterer keynesianischer Lehren, auf. Einer konsequenten Weiterführung solcher Gedanken standen jedoch im Kopfe Otto Bauers zwei schwer überspringbare Barrieren entgegen. Die erste dieser Barrieren war seine von der traumatischen Erfahrung der Nachkriegsjahre geprägte *Inflationsfurcht*, die ihn daran hinderte, die orthodoxe Maxime von der Notwendigkeit ausgeglichener Budgets über Bord zu werfen. Die zweite, und vermutlich wichtigere, war sein *klassisch-marxistisches Verständnis des kapitalistischen Krisenmechanismus*. Diesem zufolge handelte es sich im Wechsel von Krise und Konjunktur um einen automatischen Prozeßablauf, in dem nur die „selbstheilenden“ Kräfte des Marktes die Überwindung der Krise herbeiführen können, staatliche Intervention könnten daher auf diesen Ablauf nur hemmend oder beeinträchtigend wirken. Auf beide dieser Punkte wird noch zurückzukommen sein.

In der nach dem Genfer Vertrag angebrochenen „Übergangsperiode“, die nach Bauer nur durch eine neue *internationale* revolutionäre Welle beendet werden könnte, müsse sich, wie er sagte, die Aufgabe des Proletariats auf die Verteidigung und Konsolidierung der Ergebnisse der Revolution beschränken⁷. Im wirtschaftlich-sozialen Bereich bedeutete dies naturgemäß den Kampf um die Sicherung der sozialen Errungenschaften der Jahre 1918/1919 und um die Hebung des materiellen Standards der Arbeiterklasse. Aber niemand war sich der relativ engen Grenzen, die dem Fortschritt auf diesem Gebiet in dem ausgepörrten Land gesetzt waren, besser bewußt als Otto Bauer. Seine zahlreichen, gründlichen Analysen der wirtschaftlichen Lage Österreichs, die ein vertieftes Studium der damit zusammenhängenden Probleme im weltwirtschaftlichen Kontext verraten, erlaubten nur sehr vorsichtige Schlußfolgerungen hinsichtlich der Möglichkeiten offensiv-gewerkschaftlicher Aktionen⁸.

Bauer sah sehr richtig, daß es sich in Österreich um zwei Arten von Krisen handelte, die einander verstärkten und in einem negativen Kreislauf festhielten: hinter dem Auf und Ab der „normalen“ konjunkturellen Krisen ortete er eine tiefe strukturelle Krise, die er in letzter Instanz auf die Zerreißung des alten Wirtschaftsgebietes der Monarchie, den Verlust von sieben Achteln des ehemaligen Absatzgebietes und die daraus folgende Enge des inneren Marktes zurückführte. Die weitere Folge war die mangelnde Konkurrenzfähigkeit österreichischer Exporteure auf den durch hohe Zollmauern geschützten Außenmärkten. Den wirtschaftlichen Nationalismus, der sich in der Zwischenkriegszeit vielfach bis zum Autarkiestreben steigerte, hielt er ebenso für ein Krebsübel der Zeit wie die späteren Beschränkungen des Devisenverkehrs. So erklärte er in seinem großen Vortrag vor den Industrieangestellten im Jahre 1925: „Diese handelspolitischen Verhältnisse, denen jede Sicherheit in der Arbeit fehlt, sind unzweifelhaft zu den Hauptursachen unserer Krise zu zählen. Ich glaube nicht, daß es dagegen irgendein Wundermittel gibt, ich glaube nur, daß sich Wahnsinn dieser Art allmählich selbst heilt.“ Wie die Erfahrung zeigte, sollte dieser Prozeß der Selbstheilung allerdings sehr lange auf sich warten lassen!

Indes übersah Bauer keineswegs die spezifisch österreichischen Ursachen der Strukturkrise. In erster Linie die schwache Investitionstätigkeit, die veraltete Arbeitstechnik und Arbeitsorganisation der österreichischen Betriebe. Es war ein scharfes, aber treffendes Urteil, das er über den Zustand der österreichischen Industrie fällte: „Wir haben eine Industrie, die, weil sie die alten Märkte verloren hat und neue nicht zu erobern vermag, an die Vorteile der Massenproduktion gar nicht denken kann. Im Grunde genommen sind selbst unsere großen Betriebe organisch gar keine Großbetriebe, sondern eine Summe von Greißlereien, in denen auf jeder Maschine etwas anderes erzeugt wird“.

Auch auf die Gründe der schwachen Investitionstätigkeit ist Bauer oftmals eingegangen. Den Hauptgrund sah er in dem abnorm hohen Zinsfuß, den er auf die Vernichtung der Ersparnisse der Bevölkerung in der Zeit der Inflation zurückführte¹⁰. Tatsächlich war die Sache so, daß der Zinsfuß für Spareinlagen nur während der Inflationszeit und in den ersten Jahren der Stabilisierung auf einem ungewöhnlich hohen Niveau verharrte und später auf einen weit niedrigeren Stand zurückfiel, so daß die sogenannte Zinsspanne – das heißt die Differenz zwischen den Einlagezinsen und den Kreditzinsen – sich auf eine für das Bankestablishment sehr vorteilhafte Größenordnung einpendelte. Die exorbitant hohe Zinsspanne wurde von den bürgerlichen Ökonomen, und interessanterweise auch von Otto Bauer, mit dem Argument vom „chronischen Kapitalmangel“ Österreichs begründet. Der Sachverhalt war in Wahrheit weit komplexer.

Den Wiener Großbanken stand während der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre billiges westliches Kapital zur Verfügung. Sie leiteten dieses zu einem weit höheren Zinssatz an ihre österreichischen sowie an ihre Klienten in den Nachfolgestaaten weiter¹¹. Sie sahen in Anbetracht der Intensität der Nachfrage wenig Grund, ihre Verdienstspanne freiwillig zu senken. Dazu kam, daß die finanzielle Position der Großbanken – lange vor den spektakulären Zusammenbrüchen der Jahre 1929 und 1931 – äußerst prekär war und daß sie auch aus diesem Grunde an einer Politik des „teuren Geldes“ festhalten mußten. Wenn Otto Bauer den Vorwurf erhob, daß im Bankapparat eine Kapitalanhäufung auf Kosten der Industrie vor sich ging, so übersah er vielleicht, daß der kritische Zustand der österreichischen Industrie, der noch vor dem Eintritt der Großen Depression evident war, auch eine finanzielle Gesundung der Großbanken so gut wie ausschloß. Seine These von der Umverteilung des Mehrwerts zugunsten der Banken, wodurch sich der Lohnspielraum in der Industrie verringerte¹², war aus mehreren Gründen anfechtbar. Während der zwanziger Jahre dürfte es trotz der Politik des teuren Geldes, zu keiner Umverteilung des Mehrwerts zugunsten der Banken gekommen sein, da diese gleichzeitig auch große Verluste erlitten. Aber selbst wenn eine solche Umverteilung stattgefunden hätte, so wäre in einer *expandierenden* Wirtschaft der Spielraum für Realloohnerhöhungen nicht unbedingt geringer geworden. Im übrigen kann auch in einem Marx'schen Modell kaum ein Zusammenhang zwischen der Verteilung des Mehrwerts auf die verschiedenen Katego-

rien der Profitempfänger und der Höhe der Mehrwertrate hergestellt werden.

Bauer ließ keinen Zweifel darüber, daß die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Produkte auf den Außenmärkten eine unerläßliche Voraussetzung zur Überwindung der Strukturkrise sei. Daraus ergab sich von selbst die dringliche Forderung nach einer Senkung der Produktionskosten. Aber dem kapitalistischen Rezept der Kostensenkung durch die Kürzung von Löhnen und öffentlichen Leistungen stellte er ein anderes gegenüber, das er als „gewerkschaftlich-sozialistisch“ bezeichnete. Es beruhte auf dem Prinzip der Produktivitätssteigerung durch technische Rationalisierung einerseits, durch Hebung der Arbeitsqualität andererseits, wobei Bauer den Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren mit einer für seine Zeit ungewöhnlichen Klarheit herausarbeitete:

„Die Kapitalisten glauben, nur durch Senkung unseres Kulturniveaus könnten wir uns konkurrenzfähig machen. Wir meinen eben das Gegenteil. Das kapitalistische System, die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern, ist allerdings die bequemste Methode, weil sie den Unternehmern alles Nachdenken über die Organisation der Arbeit erspart. Umgekehrt, wenn wir auch angesichts der ungünstigen Bedingungen unserer Produktion unser Kulturniveau nicht herabdrücken lassen, dann ist für die Unternehmer der Zwang vorhanden, die Ungunst der Produktionsbedingungen durch Rationalisierung des Produktionsprozesses zu kompensieren. So hängt mit der Hebung unseres Kulturniveaus ein zweites zusammen: die Rationalisierung unserer Arbeitstechnik¹³.“

Wie man sieht, ist es eine durchaus moderne Wachstumsstrategie, die Bauer hier entwickelte. Es wird niemandem schwer fallen, in dem von ihm gebrauchten Begriff des „Kulturniveaus“ das wiederzuerkennen, was heute, in der verdinglichten Sprache der modernen Theorie, unter der Bezeichnung „human capital“ abgehandelt wird. Indem er die Wechselwirkung zwischen Lohnniveau, Produktivität und Bildungsinvestitionen – er spricht ausdrücklich vom Ausbau des Schulsystems – postulierte, entfernte er sich sehr weit von der traditionellen marxistischen Lehre, in der sich der Kampf um höhere Löhne allein unter dem Verteilungsaspekt – als ein Nullsummenspiel – darstellt. Im Gegensatz dazu stellt Bauer hier die Hebung des Lebens- und Kulturstandards der Arbeiterschaft voll und ganz in den Rahmen eines Konzepts zur Überwindung der österreichischen Rückständigkeit, zur Modernisierung und Rationalisierung der österreichischen Industrie.

Drei Jahre später, in seiner Rede auf dem Gewerkschaftskongreß von 1928, bekräftigte er seinen Glauben an die allmähliche Gesundung der österreichischen Wirtschaft. Es war die Zeit nach dem Schock von 1927, die in das Geschichtsbild des Austromarxismus als Zeit der „Pause“ eingegangen ist. Die strukturelle Krise, so meinte Bauer, könne im Laufe der nächsten acht Jahre überwunden werden, da sich in diesem Zeitraum eine relativ günstige demographische Konstellation ergeben würde, die eine Absorption der durch die Rationalisierung freigesetzten

Arbeitskräfte erlauben werde. Schon die Länge dieser Prognosefrist verrät, mit welchen Zeiträumen einer relativ ruhigen kapitalistischen Entwicklung Bauer damals rechnete! Mit der zwar langsam aber doch vor sich gehenden Rationalisierung, führte er weiter aus, habe auch die notwendigste Strukturanpassung bereits begonnen. Konjunkturrell bedingte Krisen seien selbstverständlich weiterhin zu erwarten, aber in der längerfristigen wirtschaftlichen Entwicklung sei ein deutlicher Wendepunkt zum Besseren eingetreten. Trotz dieser überaus optimistischen Einschätzung der Zukunftsperspektiven, oder gerade um diese nicht zu gefährden, hielt es Bauer für notwendig, eine sehr eindringliche Mahnung gegen eine allzu militante Lohnoffensive an die Gewerkschafter zu richten:

„Wir müssen zwar alles daran setzen, so die wirtschaftlichen Verhältnisse es erlauben und *soweit sie es erlauben*, im Lohnkampf vorwärts zu kommen. Aber wir werden uns nicht darüber täuschen, daß diese Lohnkämpfe noch in den langen Jahren, die bevorstehen, auf Hindernisse stoßen werden, vor allem auf das Hindernis der noch immer geringen Wirtschaftskraft des Landes, die sich nur langsam hebt.“ Schließlich kam er wieder, wie schon oft zuvor, auf die ungünstigen Produktionsbedingungen der Industrie und die hohen Zinsen mit ihren negativen Folgen für die Konkurrenzfähigkeit Österreichs auf den Weltmärkten zurück: Und deswegen – d. h. also wegen der Kostensituation der Exportindustrien – „ist allen Lohnkämpfen bei uns eine Schranke gesetzt, eine nicht unverrückbare Schranke, aber eine Schranke, die nur in einem langsamen, allmählichen Prozeß verschoben werden kann“¹⁴.

Man sieht, daß der Grundsatz einer an den gesamtwirtschaftlichen Interessen orientierten Lohnpolitik nicht erst vom reformistisch-sozialpartnerschaftlichen Himmel der Nachkriegszeit gefallen ist. Daß man in gewissen Zeiten, besonders in Perioden hoher Arbeitslosigkeit, nur eine sehr vorsichtige Lohnpolitik verfolgen kann, war natürlich auch der generell als „reformistisch“ eingestuften Gewerkschaftsführung der Ersten Republik keineswegs unbekannt; es war eine notgedrungen geübte Praxis angesichts beschränkter Erfolgchancen. Daß es aber Otto Bauer war, der diesen Gedanken theoretisch-ökonomisch begründete und mit seiner ganzen, oft gerühmten Eloquenz gegen die klassenkämpferische Linie der linken Gruppierungen verteidigte, dürfte doch für viele eine Überraschung sein, deren Bauer-Bild unter dem Eindruck von Darstellungen entstanden ist, die – ob nun mit positiver oder negativer Besetzung – den Revolutionär hervor- und den nüchternen Reformisten unter den Tisch kehren. Karl Renners Gleichnis von den Romantikern in der Partei, die „den Blick auf die ewigen Sterne gerichtet, über sehr irdische Steine stolpern“¹⁵ trifft jedenfalls auf Bauer als *Wirtschaftspolitiker* nicht zu.

Bleibt als letztes und vielleicht interessantestes Kapitel die wirtschaftspolitische Linie Bauers in der Großen Krise. Diese Krise traf eine unvorbereitete Welt wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Die ohnehin schwache österreichische Konjunktur war eines ihrer ersten Opfer. Der

achtjährige Gesundungsprozeß, den Bauer nur kurz vorher so optimistisch prognostiziert hatte, dauerte – für Österreich – knapp anderthalb Jahre. 1930/31 wurde Österreich, wie wir eingangs dargestellt haben, von einer wirtschaftlichen Katastrophe ohnegleichen heimgesucht. Der bis dahin halbwegs ausgeglichene Staatshaushalt wurde infolge der allgemeinen Krisensituation rasch defizitär, die Aufbringung der Mittel zur Rettung der Kreditanstalt vor dem Bankrott brachte ihn in die äußerste Bedrängnis, ein zweiter bitterer Gang nach Genf wurde notwendig, um den Staatsbankrott abzuwenden.

Die Unvermeidlichkeit dieser Rettungsaktion wurde auch von der Sozialdemokratie nicht bestritten. Zwar hatte die Partei viele Jahre lang – und mit vollem Recht – die dunklen Machenschaften gegeißelt, die sich in der Ära Sieghart im österreichischen Bankwesen abgespielt hatten, zwar forderte sie – ebenfalls mit gutem Recht –, daß das Privatvermögen der Aktionäre, vor allem der Rothschilds, zur Haftung für die Schulden der Kreditanstalt herangezogen werde – aber sobald all dieses Pulver verschossen war, blieb ihr wieder einmal nichts anderes übrig, als sich den Notwendigkeiten des Staates und der Wirtschaft zu beugen. Das hieß, im gegebenen Fall, Zustimmung zum Budgetsanierungsgesetz 1931, dessen scharf deflationistische Weichenstellung jede Möglichkeit einer wirksamen Krisenbekämpfung verschüttete.

Zur Verteidigung dieses Votums hielt Bauer zwei große Vorträge, den ersten am 9. Oktober 1931 vor der Postgewerkschaft, den zweiten am Parteitag vom November desselben Jahres. Wie er selbst zugab, war die Zustimmung zu diesem Gesetz, das wieder einmal scharfe Einsparungen im Personalbudget des Bundes durch effektive Lohnkürzungen für die öffentlichen Angestellten und die Eisenbahner enthielt, Gegenstand weitverbreiteten Unmuts und teils sehr heftiger Kritik in der Partei gewesen. Genau wie seinerzeit bei der Genfer Sanierung argumentierte Bauer auch diesmal, daß durch die bloße Ablehnung des Gesetzes nichts erreicht hätte werden können.

Und ebenso wie damals war es das Schreckgespenst der Inflation, das er heraufbeschwor, um die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Alternative zur „Ordnung“ der Staatsfinanzen zu zeigen: „Wenn das Defizit nicht durch eine Einschränkung der Ausgaben beseitigt würde, dann gäbe es nur eine Methode zu seiner Bedeckung, nämlich die Banknotenpresse wieder in Bewegung zu setzen und so, wie in den ersten Jahren nach dem Krieg, das Geld, das im öffentlichen Haushalt fehlt, einfach neu drucken zu lassen. Was das bedeuten würde, daran kann niemand zweifeln, der die erste Periode der Geldentwertung in Österreich nicht schon vollständig vergessen hat . . . Ich weiß, daß in einer Zeit wie der heutigen, da die Menschen unter Arbeitslosigkeit und Lohndruck so entsetzlich leiden, es nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern Menschen gibt, die meinen, durch eine neue Inflation, die irgendwie zu regulieren wäre, könnte die wirtschaftliche Not gemildert werden. Aber wir . . . können uns nicht darüber täuschen, was eine zweite Inflation bedeuten würde. Sie wäre in Wirklichkeit die furchtbarste Verelendung der Massen, die allgemeine und ausnahmslose Senkung des Real-

lohns . . . (Und sie würde diesmal) die gesamte Wirtschaft noch vernichtender treffen in einer Lage wie der heutigen, wo der Staat und die Unternehmer . . . Dollarschulden gegenüber dem Ausland haben, als damals bei der ersten Inflation, wo Staat und Unternehmer nur Kronenschulden gehabt haben. Deswegen mußten wir uns sagen: keine sozialdemokratische Partei könnte es verantworten, den Staat heute in eine neue Inflation hineinzustürzen¹⁶.“

Schärfer und kompromißloser hätte der damals herrschende orthodoxe Standpunkt von keinem bürgerlichen Ökonomen vertreten werden können. Budgetausgleich um jeden Preis – das war der Standpunkt der Auslandsgläubiger Österreichs, es war der Standpunkt der Regierung – es war auch der Standpunkt der Sozialdemokraten. Ganz wie es in einem von Mises vefaßten Gutachten aus diesem Jahr hieß, war auch die österreichische Sozialdemokratie offenbar der Meinung, daß man die Forderung nach öffentlichen Investitionen zurückstellen müsse, bis bessere Zeiten kommen¹⁷.

Wie weit Bauer über die theoretische Basis der ökonomischen Vorstellungen informiert war, über die er sich in dieser Rede so wegwerfend äußerte, läßt sich anhand seiner veröffentlichten Schriften nicht nachweisen. Tatsächlich hatte zu dieser Zeit der Gedanke einer aktiven Krisenbekämpfung durch Arbeitsbeschaffung über *deficit spending* in der skandinavischen, in der englischen und auch schon in der deutschen Arbeiterbewegung zahlreiche Anhänger gefunden¹⁸. Das erste, wenn auch relativ bescheidene Programm dieser Art wurde bekanntlich in Schweden von der sozialdemokratischen Regierung unter Ernst Wigfors auf die Beine gestellt; theoretisch war es von Gunnar Myrdal vorbereitet worden¹⁹. In England war es natürlich Keynes, der – lange vor der „General Theory“ – von dem Augenblick an, als er die Tiefe der Krise erkannte, den Einsatz der Fiskalpolitik zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten forderte. Sein überragender Einfluß wurde in dem Mcmillan-Bericht vom Jahr 1931 deutlich erkennbar, seine späteren Erkenntnisse waren hier bereits klar vorgezeichnet. Es gab darüber lebhaft Diskussionen in der Labor Party und in den Gewerkschaften²⁰.

Auch in der deutschen Arbeiterbewegung blieben diese Vorstellungen nicht unbekannt. In der Gewerkschaftszeitung „Die Arbeit“ erwies sich vor allem Wladimir Woytinski (Leiter der Statistischen Abteilung der SPD) als früher Kenner und unermüdlicher Propagandist der Keynes'schen Lehren. Bereits Anfang 1931 hatte er dem ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) ein Aktionsprogramm vorgelegt, welches „innerhalb der Sozialdemokratie die Auseinandersetzung um eine antideflationäre, expansive Konjunkturpolitik eröffnete“ und den „Einklang zwischen den Gedanken von Keynes und den Ideen der modernen Arbeiterbewegung“ herzustellen suchte²¹. Auf der Basis dieses Aktionsprogramms entstand schließlich der sogenannte „WTB-Plan“ (benannt nach seinen Autoren Woytinski, Fritz Baade und Fritz Tarnow), der ein staatliches Ausgabenprogramm in der Höhe von zwei Milliarden DM vorsah, das jedenfalls teilweise durch bei der Notenbank rediskonfähige Wechsel finanziert werden sollte. Auf diese Weise sollte

etwa eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Plan enthielt zwei neue, sowohl der bürgerlichen wie der marxistischen Ökonomie fremde Gedanken: erstens daß es angesichts des Versagens der „selbstheilenden Kräfte“ des Marktes Aufgabe des Staates sei, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aktiv zu führen und zweitens, daß der verfeimte „Griff zur Notenpresse“ maß- und planvoll eingesetzt, angesichts der großen ungenützten Kapazitäten keine oder nur geringfügige inflationäre Wirkungen haben könne²².

Der Plan wurde zu einem Zeitpunkt vorgelegt, da sich die unter dem Würgegriff der Arbeitslosigkeit geschwächten deutschen Gewerkschaften immer mehr der Notwendigkeit bewußt wurden, den Arbeitern an Stelle von sozialistischen Hoffnungen ein praktisch durchführbares Sofortprogramm gegen die Krise zu bieten. Dies umsomehr als die Nationalsozialisten, wenig bekümmert um Theorien, aber mit großem politischen Spürsinn, eben solche Programme verlangten und die Deflationspolitik Brünings zum Hauptziel ihrer Angriffe machten²³. So fielen die Vorstellungen der Gruppe um Woytinski in den Gewerkschaften auf fruchtbaren Boden; sie gewannen auch in der Führung des ADGB eine starke Anhängerschaft. In der nun einsetzenden, äußerst leidenschaftlich geführten Diskussion gerieten jedoch die Keynesianer bald in die Defensive. Gegen ihre Vorschläge fiel das ganze Gewicht der SPD in die Waage, gestützt auf die große Autorität Hilferdings, dem übrigens die beiden anderen ökonomischen Autoritäten der Partei – Fritz Naphtali und Emil Lederer – in dieser Frage voll zur Seite standen. „Der gemeinsame Nenner ihrer Gegenposition“ war, Held zufolge, „daß sie in einer bereits ausgebrochenen Krise keine anderen Möglichkeiten zur Beendigung der Krise als die Förderung des reibungslosen Ablaufs der inner-kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten sahen, zum anderen daß sie eine Arbeitsbeschaffung auf Basis von Geldschöpfung nicht nur für unwirksam, sondern auch für hochgradig inflationsfördernd hielten²⁴.“ Ähnlich schreibt Gates: „Die Führer der SPD entschlossen sich gegen den WTB-Plan aufgrund jenes Glaubens an die gesetzmäßigen Grenzen der Wirtschaftspolitik, den sie mit anderen marxistischen Parteien und mit Brüning teilten²⁵.“

Zwischen dem Wunsch der Gewerkschaften nach einem schlagkräftigen Programm und dem Nein der SPD-Theoretiker zu einer keynesianischen Rezeptur kam es schließlich auf dem sogenannten „Krisenkongreß“ des ADGB (April 1932) zu einem eher schwachen Kompromiß, der zwar vom WTB-Plan die vorrangige Forderung nach öffentlichen Arbeiten – ohne Angaben über deren Umfang – beibehielt, aber in der Finanzierungsfrage sehr stark zurücksteckte; von Notenbankfinanzierung war explizit nicht mehr die Rede, der Weg dazu wurde nur in versteckter Form, über die Möglichkeit der Zwischenfinanzierung von bestimmten Projekten durch die Reichsbank, offengelassen; im wesentlichen sollten die Mittel auf dem orthodoxen Weg, über innere Anleihen, aufgebracht werden. Aber nicht einmal dieses halbe Zugeständnis an die Linie Woytinskis blieb in den folgenden Monaten aufrecht. Das hauptsächlich von Hilferding und Naphtali ausgearbeitete Programm

zum „Umbau der Wirtschaft“ wurde zum dominierenden Thema sozialdemokratischer Propaganda im letzten Jahr der Weimarer Republik: in diesem planwirtschaftlich-dirigistisch orientierten Konzept spielten öffentliche Arbeiten nur mehr eine untergeordnete Rolle²⁶.

Kehren wir nach diesem Exkurs zu Otto Bauers Parteitage Rede vom September 1931 zurück. Zu dieser Zeit lag zwar der WTB-Plan in seiner endgültigen Form noch nicht vor, aber die Debatte über dessen Grundideen war in Deutschland im vollen Gang. Im Kontext dieser Debatten wird auch das eilig zusammengestellte Wirtschaftsprogramm vom September 1931 verständlich, das sich ganz auf der Linie der von Hilferding forcierten Alternativstrategie bewegte. Auch hier liegt der Schwerpunkt auf teils neuen, teils schon früher vorgebrachten Vorschlägen *planwirtschaftlichen Charakters*, vor allem im Hinblick auf die Landwirtschaft. Durch eine Reihe von Großhandelsmonopolen (Getreide, Zucker, Lebendvieh, Benzin, Kohle) und durch die staatliche Planung und Förderung einzelner Zweige der Landwirtschaft soll Österreich im Bereich der Nahrungsmittel autark werden. Auch die Arbeitszeitverkürzung scheint im Forderungskatalog dieses Programms auf, bildet aber kein zentrales Thema. Generell wird der Gedanke der Planwirtschaft als einzig wirksames Mittel zur Überwindung der Krise hervorgehoben. Bauer hatte sichtlich seine Schwierigkeiten, diesen wenig aufrüttelnden Forderungen die gewohnte Überzeugungskraft zu verleihen, zumal er gleichzeitig die bittere Pille der Budgetsanierung verabreichen mußte, und überdies aus seinen früheren Stellungnahmen als dezidierter Gegner aller Autarkiebestrebungen bekannt war.

Alles in allem erscheint dieses wenig durchdachte Programm²⁷, das in der durch den Pfrimer-Putsch ausgelösten politischen Hochspannung sang- und klanglos unterging, als eine bloße Verlegenheitslösung. Es war der Beginn des sogenannten „Planismus“, der alsbald auch in anderen westeuropäischen Arbeiterparteien Nachfolger fand²⁸.

Wir kommen zum letzten Kapitel. Die letzte wirtschaftspolitische Initiative, die unter den Titel „Arbeit für 200.000“ lanciert wurde, entstand im Juli 1933, zu einer Zeit also, als der Todeskampf der Partei bereits eingesetzt hatte. Dieses Programm wurde auf der Reichskonferenz der Freien Gewerkschaften von Otto Bauer, der es zweifellos verfaßt hatte, präsentiert und erläutert. Hier ist vom „Planismus“ nicht mehr die Rede, es geht um Arbeitsbeschaffung pur und simpel, um öffentliche Arbeiten großen Stils nach dem Muster des WTB-Plans. Die Gretchenfrage der Finanzierung wird allerdings nicht so klar und offen beantwortet wie in dem deutschen Vorbild. Merkwürdigerweise hatte sich Bauer selbst zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz von seiner Inflationsfurcht befreien können. So wiederholte er noch einmal seine alten Warnungen gegen „inflationistische Experimente“, die er hinter den Abwertungen von Pfund und Dollar, hinter dem Abgehen vom Goldstandard, vermutete. Es ist offensichtlich, daß er noch immer der Doktrin von einem unmittelbaren, direkt-automatischen Zusammenhang zwischen dem Wechselkurs und dem inneren Wert einer Währung

anhang, obwohl die internationalen Erfahrungen seit der Aufhebung des Goldstandards ihn eines Besseren hätten belehren können.

Trotzdem ist ein Gesinnungswandel unverkennbar. Er kommt sehr deutlich zum Ausdruck in der folgenden Passage, die wir im Zusammenhang zitieren wollen:

„Ich glaube, daß wir die furchtbaren Erlebnisse der Kriegs- und Nachkriegsjahre so wenig vergessen haben, daß wir einig sind in dem Punkt: wir wollen keine Geldentwertung, wir wollen nicht, daß die österreichischen Arbeiter und Angestellten wieder in den Strudel des sinkenden Geldwertes hineinkommen. Aber so sicher wir keine Geldentwertung wollen, so gewiß müssen wir verlangen, daß man *unbeirrt durch kreditpolitische Lehrmeinungen aus einer vergangenen Zeit, die für unsere ganz anders geartete Zeit wenig passen, alle Möglichkeiten der Kreditausweitung und der Kreditschöpfung im Interesse der Arbeitsbeschaffung ausschöpft*, soweit das nur überhaupt möglich ist, ohne in eine unbeherrschbare Geldentwertung hineinzukommen²⁹.“

Die Schlüsselwörter sind hier natürlich „Kreditausweitung“ und „Kreditschöpfung“, die in dem gegebenen Zusammenhang nichts anderes bedeuten können als ein gewisses Maß an Notenbankfinanzierung. Bauer ist hier zweifellos auf dem Weg zu einer keynesianischen Wendung, wenn er sie auch noch nicht ganz vollzogen hat. Es scheint, daß er diesen Weg ziemlich allein angetreten hat. Von den führenden Wirtschaftsfachleuten der Partei hatte keiner die keynesianischen Ideen aufgenommen, im „Kampf“ dominierten Beiträge, die fest auf der Linie der planwirtschaftlichen Alternativstrategie lagen. In diese Kerbe schlugen Artikel von Helene Bauer, Käthe Leichter, Otto Suhr, Karl Kautsky und anderen mehr. Lediglich das gewerkschaftliche Organ, „Arbeit und Wirtschaft“, hatte Woytinski Raum für die Darstellung seines Plans gegeben, und lediglich ein Gewerkschafter, Johann Schorsch, hatte sich enthusiastisch für diesen „neuen Weg, den einzigen, der Arbeitslosigkeit Einhalt gebieten und die Wirtschaft ankurbeln könnte“ erklärt³⁰. Wie in Deutschland und England war also auch in Österreich der gewerkschaftliche Instinkt besser beraten als die hohe Parteiintelligenz.

Auf die in letzter Zeit vieldiskutierte Frage, ob keynesianische Programme in der damaligen Situation überhaupt mit Erfolg hätten durchgezogen werden können, soll hier nicht mehr näher eingegangen werden. Im Zuge der monetaristischen Gegenrevolution war es wohl unvermeidlich, daß es zu einer Revision der allgemein im keynesianischen Geist geübten Kritik an der konservativen Wirtschaftspolitik in der Zeit der Großen Krise kommen würde. Für Deutschland ist bekanntlich Knut Borchardt, der diese Diskussion in Gang gebracht hat, zu dem Ergebnis gekommen, daß es aus den verschiedensten binnen- und außenwirtschaftlichen, vor allem währungspolitischen, Gründen gar keine wirkliche Alternative zum Kurs Brünings gab³¹. Für Österreich ist Felix Butschek dieser Frage nachgegangen; seine Schlußfolgerungen liegen auf einer mittleren Linie zwischen der „überlieferten“ und der „revisionistischen“ Einschätzung³². In unserem Zusam-

menhang kommt es allerdings weniger darauf an, ob die damals entwickelten Arbeitsbeschaffungsprogramme wirklich den erhofften Erfolg gehabt hätten, ob sie nicht doch inflationär gewirkt, oder andere Gefahren heraufbeschworen hätten. So gestellt wird sich die Frage wohl kaum mit Sicherheit beantworten lassen. Sicher ist jedoch, daß – wie auch die Befürworter solcher Programme argumentierten – die tatsächlich gemachte Politik in eine Katastrophe von solchen Ausmaßen geführt hat, daß ein noch schlimmerer Ausgang bei einem alternativen Kurs schwer vorstellbar ist. Die Hauptfrage scheint uns jedoch zu sein, ob nicht ein rechtzeitiger Kurswechsel der Sozialdemokratie *Deutschlands und Österreichs* eine Mobilisierung der immer mehr in hilflose Passivität verfallenden Arbeiterschaft herbeiführen und dadurch die politische Schlagkraft der Partei entscheidend – vielleicht entscheidend für das Schicksal der beiden Länder – hätte stärken können. Otto Bauers späte Einsicht ist – wie wir meinen – vor allem unter diesem Aspekt zu sehen.

In seinem Versuch der politischen und ideologischen Standortbestimmung Otto Bauers kommt Adam Wandruszka zu einem Ergebnis, das die neuere akademische Bauer-Rezeption sehr weitgehend beeinflußt hat: „In seinem zutiefst aus einer persönlichen Scheu vor der Entscheidung und der Tat genährten marxistischen Glauben an die Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung haben Bauer und mit ihm die Sozialdemokratie wiederholt den Zeitpunkt versäumt, in dem ein Zugeständnis noch den Tauschwert der Freiwilligkeit besaß und waren erst dann dazu bereit, wenn ihnen der Zwang der Tatsachen keinen anderen Ausweg mehr ließ und sie für das Zugeständnis keine Gegenleistung mehr erhielten, sofern ihr Angebot nicht überhaupt zurückgewiesen wurde . . .“³³

Wir haben gesehen, daß Otto Bauer, und mit ihm die österreichische Sozialdemokratie, an zwei entscheidenden Wendepunkten der österreichischen Innenpolitik – Genfer Sanierung und Budgetsanierungsgesetz nach dem Krach der Kreditanstalt – Zugeständnisse an die bürgerliche Seite machten, die durchaus den Tauschwert der Freiwilligkeit besaßen, sofern diese Seite sich an die Spielregeln des „do ut des“ zu halten gewillt gewesen wäre. Aber die bürgerlichen Politiker zogen es alle malen vor, sich an die Rhetorik zu halten, mit der die Sozialdemokraten ihren enttäuschten Anhang zu beschwichtigen versuchten.

Gewiß, die sozialistische Rhetorik war nicht bloß Schall und Rauch. Bauer verlor über den Niederlagen von heute niemals das Endziel aus den Augen. Aber er machte es durch Wort und Tat klar – seinen eigenen Anhängern sowie den wenigen von der Gegenseite, die noch an Fairness in der Politik glaubten – daß er eine sozialistische Gesellschaftsordnung nur unter strikter Einhaltung der demokratischen Spielregeln anzustreben gedachte. Er hatte dies 1919 bewiesen, als die Versuchung der revolutionären Machtergreifung an ihn herangetreten war, und er hatte es in dem noch heute mißverstandenen Linzer Programm theoretisch untermauert, indem er dort das Wort von der „defensiven Rolle der Gewalt“ verankerte.

Seine von Wandruszka (und teilweise auch von Norbert Leser) geortete „hamletische Befangenheit“, die ihn mehr für das Sinnieren im Kaffeehaus als für das Handeln in der Politik prädisponierte, war in Wahrheit nur ein Ausdruck seiner Kompromißbereitschaft im Interesse der Aufrechterhaltung einer politischen Ordnung, die er für reformierbar und ausbaufähig hielt. Dem „Hamlet-Bild“ widerspricht auch die von uns aufgezeigte, realistische und undogmatische Art und Weise, mit der er die wirtschaftlichen Existenzfragen des Landes anpackte und praktische Lösungsvorschläge erarbeitete.

Fußnoten

- 1 Noch immer gültig hiezu ist die Analyse von Charles Gulick in der Einleitung zu seinem Monumentalwerk *Österreich von Habsburg bis Hitler*, 1. Band, Wien 1948, „Eine Republik ohne Republikaner“.
- 2 Erwin Weissel, *Die Ohnmacht des Sieges*, Wien 1976, 2. Abschnitt, Kapitel 7–9; Rudolf Gerlich, *Die gescheiterte Alternative, Sozialisierung in Österreich nach dem 1. Weltkrieg*, Wien 1980; Eduard März und Fritz Weber, „Verstaatlichung und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg“ in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Nr. 2/1978; Dies. „Otto Bauer und die Sozialisierung“ in D. Albers, u. a. Hrsg. *Otto Bauer und der „dritte Weg“*, Frankfurt, 1979.
- 3 Eduard März, *Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923*, Wien, 5. Teil, 4. Kapitel.
- 4 Otto Bauer, *Werkausgabe*, Europaverlag, Wien 1975–1980, 2. Band, S. 468.
- 5 „Der Plan Bauers war um drei Hauptpunkte gruppiert: um die Abschaffung der Nahrungsmittelzuschüsse, um die Anpassung der Vermögensabgabe an den neuen Wert der Krone und um eine innere Zwangsanleihe, die in Devisen und Effekten zu entrichten war . . . Es muß besonders hervorgehoben werden, daß Bauer auch an eine große ‚innere‘ Investitionsanleihe dachte . . . In Vorwegnahme der Keynes’schen Beschäftigungsrezepte der dreißiger Jahre wollte er den Erlös dieser Anleihe für Investitionszwecke wie den Wiederaufbau der Bundesbahnen, die Ausgestaltung des Telefonnetzes, den Ausbau der Wasserkräfte und den Wohnbau verwenden.“ E. März, a. a. O., S. 417/418. Zum Schumpeter’schen Plan siehe S. 325 f.
- 6 Zur Haltung Schumpeters in dieser Frage vgl. Eduard März, „Joseph A. Schumpeter als österreichischer Finanzminister“ in: *Joseph Alois Schumpeter – Forscher, Lehrer und Politiker*, Wien 1983.
- 7 So schreibt Otto Bauer: „Heute ist die Revolution von 1918 abgeschlossen; die Aufgabe des Proletariats beschränkt sich nun vorläufig darauf, die Ergebnisse dieser Revolution zu verteidigen und den aus ihr hervorgegangenen staatlichen und gesellschaftlichen Übergangszustand gegen die Reaktion der Bourgeoisie wiederherzustellen und festzuhalten. Sobald aber die durch die Revolution von 1918 ungelösten Probleme, nach ihrer Lösung drängend, einen neuen revolutionären Prozeß einleiten, wird . . . (dieser) Übergangszustand gesprengt, im Sturme einer neuen Revolution zu einem höheren Übergangszustand übergeführt.“ *Die österreichische Revolution, Werkausgabe*, 2, S. 865.
- 8 Die hauptsächlichsten Hinweise auf Otto Bauers Überlegungen zu wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen in der „Übergangsperiode“ finden sich in seinen großen Referaten auf Gewerkschaftstagungen, die auch als Broschüren erschienen sind. Hier vor allem:
Die Wirtschaftskrise in Österreich. Ihre Ursachen – ihre Heilung, Vortrag auf der Hauptversammlung der Industriearbeitenden 1925 (Werkausgabe 3, S. 251–270), *Die wirtschaftliche und soziale Lage Österreichs*, Vortrag auf dem Gewerkschaftskongreß

- 1928 (Werkausgabe 3, S. 637–694), *Das Budgetsanierungsgesetz*, Vortrag vor den Vertrauensmännern der Postgewerkschaft 1931 (Werkausgabe 3, S. 697–722), *Wirtschaftsfragen*, Referat auf der 7. Hauptversammlung der Baugewerkschaft, 1932 (Werkausgabe 3, S. 917–938). Ferner heranzuziehen sind Bauers Parteitagereden 1931, 1932 und 1933, sämtliche im 5. Band der Werkausgabe.
- 9 Werkausgabe 3, S. 259, 264.
- 10 Ebenda, S. 261 und 927.
- 11 Zur Zinspolitik der Wiener Großbanken vgl. E. März, a. a. O., S. 528 ff., Positionen in den Nachfolgestaaten ebenda, S. 534 f.
- 12 Arbeiter-Zeitung vom 25. April 1924 (Werkausgabe 7, S. 105).
- 13 Ebenda, S. 267. Wie klar Bauer die Bedeutung der Innovation für die Hebung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität erkannte und wie sehr er sich mit den verschiedenen innovativen Möglichkeiten beschäftigte, geht auch aus seinem didaktisch gehaltenen Buch „Rationalisierung – Fehlrationalisierung“ hervor. Besonders bemerkenswert scheint in diesem Zusammenhang seine Erkenntnis, daß es zur erfolgreichen Leitung eines Unternehmens auch besonderer Fähigkeiten, wie „Intuition, Phantasie, Initiative . . .“ bedürfe. Vgl. Werkausgabe 3, S. 901.
- 14 Ebenda, S. 656.
- 15 Renner-Zitat nach Norbert Leser, *Zwischen Reformismus und Bolschewismus*, Wien 1968, S. 434.
- 16 Werkausgabe 5, S. 593 (beide Zitate).
- 17 Zitiert nach E. März und M. Szecsi, „Stagnation und Expansion – eine vergleichende Analyse der Ersten und Zweiten Republik“ in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Nr. 2/1982.
- 18 Die beiden wichtigsten Studien über die wirtschaftspolitischen Debatten innerhalb der SPD und der deutschen Gewerkschaften zum Thema der aktiven Krisenbekämpfung mittels deficit spending (WTB-Plan) sind 1) Robert A. Gates, „Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise“ in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik* hrsg. von H. Mommsen, 1. Bd., Düsseldorf 1977. 2) Michael Held, *Sozialdemokratie und Keynesianismus*, Campus 1982. (Zitiert im folgenden mit den Namen der Autoren)
- 19 Vgl. L. Jörberg und O. Krantz, „Scandinavien 1914–1970“ in: *Fontana Economic History*, vol 6(2), S. 437 f.
- 20 Zur Aufnahme des McMillan Berichtes in Deutschland – „für fast alle Reformer das Buch der neuen Erkenntnisse . . .“ – Held, S. 93 f.
In England verliefen übrigens die Fronten in der Debatte um den neuen Kurs genau wie in Deutschland zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung. Während Snowden und McDonald aus Überzeugung am orthodoxen Kurs festhielten, hatte sich der General Council des TUC für einen anti-deflationistischen Kurs entschieden. Vgl. Donald Winch, *Economics and Policy – A Historical Study*, London 1969, S. 143.
- 21 Held, S. 115.
- 22 Vgl. Held, S. 119–123.
- 23 Eines dieser Programme wurde von Strasser im Reichstag (10. Mai 1932) vorgestellt. Dazu soll Tarnow bemerkt haben: „diese Rede hätte einer von uns halten sollen.“ Held, FN S. 144.
- 24 Held, a. a. O., S. 115.
- 25 Gates, a. a. O., S. 221.
- 26 Zusammenfassend schreibt Held: „Die von Woytinski ausgearbeitete Antikrisenpolitik . . . konnte sich in der innerparteilichen Auseinandersetzung nicht durchsetzen. Sie wurde unter den sozialdemokratischen Ökonomen nur von einer Minderheit vertreten und scheiterte, soweit sich der Konflikt an Institutionen festmachen läßt, vor allem, aber nicht nur, am Widerstand der SPD“. A. a. O., S. 137.
- 27 Veröffentlichung in der Arbeiter-Zeitung vom 13. September 1931, also genau am Tag des Pfirmer-Putsches. Betrachtungen zum planwirtschaftlichen Aspekt des Programms finden sich auch bei Benedikt Kautsky, „Möglichkeiten und Aussichten der Planwirtschaft in Österreich“ in: *Der Kampf*, 24. Bd., 1931, S. 520–534.
Des weiteren enthielt das Programm die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aber auch in diesem Punkt stellte sich das erwartete Echo nicht ein.

- 28 Als „Planismus“ wurden in den westeuropäischen Arbeiterparteien verschiedene Tendenzen bezeichnet, die ein größeres Maß an Wirtschaftsplanung, Dirigismus und Teilsozialisierungen, als Ausweg aus der Krise in den Blickpunkt rückten. Am bekanntesten wurde der „Plan“ der belgischen Arbeiterpartei, der unter dem Einfluß Hendrik de Mans entstand. In seinem Spätwerk „Zwischen zwei Weltkriegen“ warnt Bauer vor „politischen und ökonomischen Illusionen“, die dem „Planismus“ zugrunde liegen könnten, wertet ihn aber dennoch positiv als Symptom für den beginnenden „Kampf um die Umwälzung der Gesellschaftsordnung“. Werkausgabe 4, S. 117.
- 29 Werkausgabe 3, S. 945.
- 30 „Arbeit und Wirtschaft“ Nr. 5 und 6/1932.
- 31 Vgl. Held, S. 141.
- 32 Felix Butschek, „Die wirtschaftspolitischen Alternativen in der Stagnationsperiode 1933–1937“ (unveröffentlichtes Manuskript).
- 33 Adam Wandruszka, *Österreichs politische Struktur* in: H. Benedikt, Hrsg. *Geschichte der Republik Österreich*, Wien, 1977, S. 450.